

Pressestelle des Senats

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 20

vom 23. Mai 2008

Redaktion: Katja Richardt

Bundesrat

Überzeugtes Hamburger „Ja“ zum Lissabon-Vertrag.....2

Finanzen

Mai-Steuerschätzung 2008.....7

Hapag-Lloyd: Senat unterstützt Hamburger Lösung9

Kapitalsbasis der HSH Nordbank wird gestärkt10

Wirtschaft

4. Hamburger Bau- und Immobilientage eröffnet12

Bildung

Schulsenatorin Goetsch sucht den Dialog13

Schulsenatorin Goetsch weiht „Jamliner II“ ein16

Gesundheit

„Sucht –Risiko in jedem Alter!“17

Impfung gegen Blauzungenkrankheit startet.....19

Soziales

Schuldnerberatung: Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung vorgelegt20

Kultur

Kontorhaus Kanalplatz 6 unter Schutz gestellt22

Zur Information

Terminkalender23

22. Mai 2008 / lv22

Bundesrat: Überzeugtes Hamburger „Ja“ zum Lissabon-Vertrag

Freitag: Bundesrat berät den EU-Reformvertrag und die Altersvorsorge („Riester-Wohnen“) / Freie und Hansestadt unterstützt zur Fußball-EM 2008 die neue „Public-Viewing-Verordnung“ / Verbesserte Verbraucherinformationen auf Lebensmitteln

In seiner 844. Sitzung am morgigen Freitag, 23. Mai 2008, ab 9.30 Uhr, berät der Bundesrat den Vertrag von Lissabon, der die Europäische Union in bedeutenden Punkten reformiert und den nationalen Parlamenten wichtige Mitspracherechte einräumt. Zu den Themen gehören auch die Reform der staatlich geförderten Altersvorsorge (das neue „Riester-Wohnen“) und die „Public-Viewing-Verordnung“ kurz vor dem Anpfiff der Fußball-Europameistermeisterschaft 2008. Des Weiteren unterstützt die Freie und Hansestadt bessere und verständlichere Verbraucherinformationen auf Lebensmitteln und setzt sich für die Änderung des Wehrrechts ein. An der Sitzung nehmen erstmals in ihren neuen Funktionen **Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Senator Dr. Till Steffen, Präses der Justizbehörde**, sowie der **Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Carsten Lüdemann**, teil.

Hamburg begrüßt Ratifizierung des EU-Reformvertrags: „Wir sagen ‚Ja‘ zum Vertrag von Lissabon!“

Hamburg unterstützt die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Der Vertrag wird morgen im Bundesrat in der zweiten Runde behandelt. Das gesetzgeberische Verfahren ist damit abgeschlossen. Durch den Vertrag von Lissabon wird die Europäische Union in wichtigen Punkten reformiert und erhält eine Struktur, die ihrer gewachsenen Größe – mittlerweile hat die EU 27 Mitgliedsstaaten – und ihren zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen angemessen ist. So wird das Verfahren zur europäischen Gesetzgebung in Zukunft für fast alle Entscheidungen eine Beteiligung des Europäischen Parlamentes benötigen; im

Ministerrat wird die doppelte Mehrheit eingeführt, wodurch sich die demokratische Legitimierung der EU erhöht.

(Der Begriff der „doppelten Mehrheit“ bezeichnet ein Abstimmungsverfahren, bei dem für eine Beschlussfassung Stimmenmehrheiten nach zwei unterschiedlichen Kriterien notwendig sind. Diese Form einer qualifizierten Mehrheit soll ab 2014 für Mehrheitsbeschlüsse im Rat der Europäischen Union gelten. Kennzeichnend ist, dass für eine Beschlussfassung sowohl eine Mehrheit der Stimmbürger, als auch eine Mehrheit der Mitgliedsländer der Gemeinschaft notwendig ist. Die qualifizierte Mehrheit gilt künftig als erreicht, wenn ein Beschluss von 55 Prozent der Mitgliedsstaaten und mindestens 15 Mitgliedern unterstützt wird sowie gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der Union repräsentiert.)

Mit einem auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten des Europäischen Rates und dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik erhält die EU Repräsentanten, mit denen sich die Bürger identifizieren können. Des Weiteren gibt es klare Kompetenzabgrenzungen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie eine Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente sowie eine klarere Abgrenzung, welche Ebene für welche Entscheidungen zuständig ist. Auch auf die innerstaatliche Ordnung hat der Vertrag Auswirkungen: Zusammen mit dem Reformvertrag wird eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern abgeschlossen, die klar regelt, bei welchen Themen die Bundesregierung die Länder konsultieren und in welche Verfahren die Länder mit eingebunden werden müssen.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Carsten Lüdemann: „Der Vertrag von Lissabon sichert eine handlungsfähige, demokratische und zukunftsfähige EU, von der alle Bürger in Europa profitieren werden. Der Vertrag stellt die auf mittlerweile 27 Staaten erweiterte Europäische Union auf eine solide Basis, damit sie sich auch in Zukunft in unserer globalisierten Welt behaupten kann. Gleichzeitig werden jetzt klare Instrumentarien geschaffen, mit denen die nationalen Parlamente stärkere Möglichkeiten haben, sich an europäischen Prozessen zu beteiligen. Für Hamburg als internationale Handelsmetropole bedeuten diese Errungenschaften große Chancen für die Zukunft. Daher stimmen wir mit einem überzeugten ‚Ja‘ für den Reformvertrag.“

Das eigene Häuschen im Alter: Hamburg unterstützt das „Riester-Wohnen“

Im Bundesrat wird am Freitag ebenfalls der Gesetzentwurf des Eigenheimrentengesetzes beraten. Mit diesem Gesetzentwurf sollen die Regelungen zum Altersvorsorge-Eigenheimbetrag verbessert sowie selbst genutzte Genossenschaftswohnungen in die steuerlich geförderte Altersvorsorge („Riester-Rente“) einbezogen werden. So soll das in einem Altersvorsorgevertrag angesparte Kapital zukünftig ganz oder teilweise für die Anschaffung von selbst genutzten Wohnungen verwendet werden können, ohne dass dieses Kapital oder die staatlichen Zuschüsse zurückbezahlt werden müssen. Darüber hinaus ist bei der Riester-Rente ein besonderer Berufseinsteiger-Bonus für unter 21-Jährige, die Erweiterung des Kreises der Förderberechtigten sowie die Verbesserung des Verbraucherschutzes vorgesehen. Hamburg unterstützt den Gesetzentwurf, wird sich aber mit anderen Ländern für Änderungen von einigen Detailregelungen sowie Vereinfachungen einsetzen. Die abschließende Beratung im Bundesrat ist für den 4. Juli 2008 vorgesehen.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Carsten Lüdemann: „Das mietfreie Wohnen im Alter im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung ist ein wichtiger Baustein der individuellen Altersvorsorge. Mit den Änderungen bei selbst genutzten Wohnimmobilien ergibt sich daher für viele Bürgerinnen und Bürger eine attraktive Ergänzung der bisherigen Regelungen der Riester-Rente.“

Fußball-EM 2008 in Österreich und der Schweiz: Der Bundesrat unterstützt das Public-Viewing – und Hamburg freut sich auf das Sommermärchen 2008

Bahn frei für ein zweites Fußball-Sommermärchen: Hamburg begrüßt die Public-Viewing-Verordnung, die morgen im Bundesrat beraten wird. Mit dieser Verordnung wird sichergestellt, dass öffentliche Live-Übertragungen der Fußballspiele für die Dauer der Fußball-Europameisterschaft 2008 überall in Deutschland auch während der Abend- und Nachtzeiten stattfinden können. Die zeitweise sicherlich nicht ganz lautlosen Live-Übertragungen könnten ohne diese Regelung an den geltenden Lärmschutzvorschriften scheitern (die ja auch nicht abgeschafft werden). Schon die großartigen Public-Viewing Veranstaltungen und Fanfeste zur WM 2006 wurden mit einer entsprechenden Verordnung ermöglicht.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Carsten Lüdemann: „Jeder erinnert sich an die wunderbare Atmosphäre während der vergangenen Fußball-WM – auch und gerade in Hamburg auf dem Heiligengeistfeld. Daher ist es wichtig und richtig, dass überall in Deutschland die Menschen gemeinsam die Spiele der Fußball-EM bei Live-Übertragungen sehen und zusammen feiern können. Die Sportstadt Hamburg ist schon jetzt im EM-Fieber. Wir freuen uns auf spannende Spiele, auf eine ausgelassene und fröhliche Stimmung beim Public-Viewing – und für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft und ihre Fans auf ein Sommermärchen 2008.“

Keine Chance mehr für Kalorien- und Fettfallen: Hamburg setzt sich für verständliche Verbraucherinformationen bei Lebensmitteln ein

Hamburg unterstützt im Bundesrat einen Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission, der vorsieht, dass alle Lebensmittel mit gut sichtbaren und klar verständlichen Informationen über Inhalt, Zutaten, Allergien auslösende Stoffe und den Nährwert versehen werden. Mit dieser Verordnung soll sichergestellt werden, dass jeder, der Lebensmittel in Geschäften kauft oder in Restaurants, Kantinen, Schulen und Krankenhäusern eine Mahlzeit zu sich nimmt, unproblematisch und verständlich Informationen über das erhält, was er isst: ob sein Essen Alkohol, Zucker oder andere Substanzen enthält, wie viel Fett und Kalorien er mit der Mahlzeit zu sich nimmt und wie lange das Produkt mindestens haltbar ist.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Carsten Lüdemann: „Verbraucherschutz bedeutet vor allem eine auf den ersten Blick verständliche und unkomplizierte Verbraucherinformation. Mit dieser Verordnung werden die Menschen in die Lage versetzt, sich bewusst zu ernähren und entsprechend einzukaufen, ohne zu jedem Einkauf ein Lexikon über Nährwert und Inhaltsstoffe der angebotenen Lebensmittel mit in den Supermarkt nehmen zu müssen.“

Zum Zeitplan: Sofern das EU-Gesetzgebungsverfahren reibungslos verläuft, könnte mit der Umsetzung der Verordnung Ende dieses oder im Verlauf des kommenden Jahres gerechnet werden.

Hamburg für die Änderung des Wehrrechts: Duale Studiengänge sollen ohne Unterbrechung durch den Wehrdienst beendet werden

Der Bundesrat befasst sich auch mit dem vom Bundestag beschlossenen Wehrrechtsänderungsgesetz. Zukünftig sollen auch Studenten in Studiengängen mit berufsbegleitender Ausbildung (duale Studiengänge) ihr Studium ohne Unterbrechung durch den Wehrdienst beenden können. Dieses Privileg genießen bisher ausschließlich die Absolventen von Berufsausbildungen. In der vom Bundestag beschlossenen Fassung soll der Einziehungsschutz allerdings nur für duale Studiengänge gelten, deren Regelstudienzeit acht Semester (sieben Studien- und ein Prüfungssemester) nicht überschreitet. Hier setzt sich Hamburg für eine „Nachbesserung“ ein.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Carsten Lüdemann: „Die vom Bund vorgeschlagene Regelung hilft gerade in den Fachrichtungen nicht, in denen die Wirtschaft über den größten Fachkräftemangel klagt – in den Ingenieurwissenschaften. Wenn sich Hamburg mit seiner Forderung durchsetzt, auf die Beschränkung auf eine Regelstudienzeit zu verzichten, haben wir einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung des Fachkräftemangels getan.“

Für Rückfragen:

Marco Haase

Inneres, Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-110

www.landesvertretung.hamburg.de

20. Mai 2008/fb20

Mai-Steuerschätzung 2008

Steuerprognose bestätigt Hamburgs Finanzplanung

Die Ergebnisse der für Hamburg regionalisierten Mai-Steuerschätzung bestätigen die bereits im Haushaltsplan für 2008 sowie in der Planung bis 2011 angesetzten Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen.

Finanzsenator Dr. Michael Freytag: „Wir haben mit der aktuellen Steuerschätzung eine Punktlandung zu unseren bisherigen Planungen erreicht. Der Haushalt wird weiter konsolidiert. Bei weiterer strikter Ausgabendisziplin bleibt Hamburgs Haushalt ohne Neuverschuldung aus eigener Kraft ausgeglichen. Hamburg ist auf die prognostizierten Steuereinnahmen angewiesen. Daher besteht kein Spielraum für Steuersenkungen. Steuersenkungen wären das Einfallstor für die Wiederaufnahme der Neuverschuldung zu Lasten der kommenden Generation.“

Die Mai-Steuerschätzung erwartet für 2008 Hamburg verbleibende Steuern von 8.134 Mio. Euro. Gegenüber dem aktualisierten Haushaltsplanansatz von 8.080 Mio. Euro entspricht dies einer Verbesserung um 54 Mio. Euro. Daraus resultiert kein Anpassungsbedarf für das laufende Haushaltsjahr bei den Steuereinnahmen. Für 2009 werden Hamburg verbleibende Steuern von 8.443 Mio. Euro prognostiziert. Gegenüber dem Planungsansatz von 8.393 Mio. Euro ergibt sich ein Anstieg um 50 Mio. Euro. Nach den beiden Steuerschätzungen in 2007 wurden aufgrund der steuermindernden Auswirkungen der Unternehmensteuerreform als Vorsorgemaßnahme Risikoabschläge in den Planansätzen berücksichtigt. Hamburgs Wirtschaft wird durch die Unternehmensteuerreform deutlich entlastet. Hierdurch musste Hamburg gegenüber den beiden Steuerschätzungen in 2007 die Einnahmeerwartungen der Stadt für die Körperschaft- und Gewerbesteuer nach unten korrigieren.

Die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung treffen fast punktgenau die Planansätze. Entsprechendes gilt auch für den weiteren Prognosezeitraum. Für alle Jahre werden Steuermehreinnahmen in relativ geringem Umfang vorhergesagt.

Die Schätzergebnisse werden Grundlage für den Entwurf des Doppelhaushaltes 2009/2010 sowie für die Mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2012.

Hamburg verbleibende Steuern *: Vergleich bisherige Planansätze zu Mai- Steuerschätzung

(in Mio. Euro)	2008	2009	2010	2011	2012
Haushalt/Finanzplanung	8.080	8.393	8.778	9.117	-
Mai-Steuerschätzung	8.134	8.443	8.782	9.139	9.526
<i>Verbesserung</i>	<i>+54</i>	<i>+50</i>	<i>+4</i>	<i>+22</i>	<i>-</i>

* Hamburger Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich

Zahlungen Hamburgs in den Länderfinanzausgleich	-330	-340	-370	-410	-460
---	------	------	------	------	------

Inwieweit sich die Prognosen für 2008 und 2009 bestätigen wird erst die kommende November-Steuerschätzung genauer sagen können. Die Mittelfristprognose wird mit der Steuerschätzung im Mai 2009 aktualisiert. **Risiken** bestehen vor allem durch die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale, zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum steuerlichen Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, laufende Gesetzgebungsverfahren und mögliche künftige Steuerrechtsänderungen sowie der weiteren konjunkturellen Entwicklung. Die finanziellen Auswirkungen der Finanzmarktkrise wurden in der Bundessteuerschätzung in den Prognosen zur Körperschaft- und Gewerbesteuer berücksichtigt und auch für Hamburg entsprechend regionalisiert. Letztlich kann derzeit aber noch kein gesichertes Urteil über das Ausmaß der steuerlichen Effekte getroffen werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Sebastian Panknin
 Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax - 2230
 E-Mail: sebastian.panknin@fb.hamburg.de
www.pressemeldungen.hamburg.de
www.finanzbehoerde.hamburg.de

20. Mai 2008/fb20a

Hapag-Lloyd: Senat unterstützt Hamburger Lösung

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat sich über die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) mit 20 Prozent an der neu gegründeten Firma „Verwaltung Hamburgische Seefahrtbeteiligung Albert Ballin GmbH“ beteiligt. Diese GmbH wird die Geschäftsführung einer Kommanditgesellschaft übernehmen, die sich am Bieterverfahren für die kurzfristig zu erwartende Verkaufsofferte für Hapag-Lloyd durch den Mutterkonzern TUI beteiligen soll. Mit dem Engagement Hamburgs an der neuen GmbH ist keine Entscheidung über eine Beteiligung der Stadt an Hapag-Lloyd selbst verbunden.

Finanzsenator Dr. Michael Freytag: „Hamburg zeigt Flagge für Hapag-Lloyd. Die traditionsreiche Reederei mit Zentrale in Hamburg zu halten, wäre ein herausragendes Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

Um Hamburg als zentralen deutschen Reedereistandort zu sichern, wird mit der neuen GmbH & Co. KG ein Hamburger Konsortium mit verschiedenen Hamburger bzw. Hamburg verbundenen Investoren geschmiedet. Die neu gegründete GmbH - als Komplementär der GmbH und Co. KG - wird mit einem Stammkapital von 1 Mio. Euro ausgestattet. Die HGV beteiligt sich gemäß ihres Anteils daran mit 200.000 Euro. Das Kapital der KG (Kommanditkapital) wird zunächst 10 Mio. Euro betragen. Gesellschafter zu gleichen Teilen sind vorerst die Kühne Holding AG sowie das Bankhaus M.M. Warburg.

Hapag-Lloyd ist die – nach Containerkapazität – fünftgrößte Reederei der Welt in der Containerschifffahrt mit Hauptsitz in Hamburg. Mit über 8.000 weltweit Beschäftigten bzw. rund 2.000 in Hamburg, ist Hapag-Lloyd ein wichtiges Unternehmen für die Stadt und zentraler Bestandteil des Reederei- und Schifffahrtstandortes.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Sebastian Panknin
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax - 2230
E-Mail: sebastian.panknin@fb.hamburg.de
www.pressemeldungen.hamburg.de
www.finanzbehoerde.hamburg.de

20. Mai 2008/fb20b

Kapitalbasis der HSH Nordbank wird gestärkt

Alle vier Anteilseigner der HSH Nordbank AG (Freie und Hansestadt Hamburg 35,38 %, Land Schleswig-Holstein 19,96 %, Sparkassen und Giroverband für Schleswig-Holstein 18,05 % und von J.C. Flowers beratene Trusts 26,61 %) beabsichtigen, nach Zustimmung ihrer Gremien, der Hauptversammlung der Bank im Juli 2008 eine Kapitalerhöhung vorzuschlagen. Das Gesamtvolumen der Kapitalmaßnahmen beträgt rund 2 Mrd. Euro.

Finanzsenator Dr. Michael Freytag: „Die HSH Nordbank ist eine erfolgreiche Bank, die im operativen Geschäft schwarze Zahlen schreibt und an ihre Eigentümer hohe Dividenden auszahlt. Sie ist Weltmarktführer bei Schiffsfinanzierungen und regionaler Marktführer im mittelständischen Firmenkundengeschäft. Die vorgeschlagenen Kapitalmaßnahmen sind ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Bank im Wettbewerb und sichern den besonderen Wert des Unternehmens für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Norddeutschland.“

Die HSH Nordbank mit Sitz in Kiel und Hamburg beschäftigt 4.800 Menschen. Zur Stärkung der Kapitalbasis der Bank war für 2008 ein Börsengang vorgesehen, der aufgrund der aktuellen Kapitalmarktsituation verschoben wurde. Als Überbrückungsmaßnahme bis zum Börsengang erfolgt die notwendige Kapitalstärkung daher durch die Eigentümer:

Die Freie und Hansestadt Hamburg wird sich über die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) mit 318 Mio. Euro an einer neuen stillen Einlage (Pflichtwandelanleihe) beteiligen, die spätestens zum 31. Dezember 2010 in Stammaktien umgewandelt wird. Diese Überbrückungsmaßnahme bis zum Börsengang wird haushaltsneutral finanziert, wie bei dem temporären Engagement an Beiersdorf. Der Finanzierungsaufwand wird vollständig über die Zinsen der Einlage verdient. Im Rahmen des Börsengangs sollen die gewandelten Aktien verkauft und die für die jetzigen Kapitalmaßnahmen aufgewandten Mittel zurückfließen.

Des Weiteren wird Hamburg in einem Umfang von 128 Mio. Euro bestehende stille Einlagen und Vorzugsaktien schon jetzt in Stammaktien wandeln. Diese Maßnahme war ohnehin im Vorfeld des Börsengangs geplant und wird jetzt mitrealisiert.

Über die Maßnahmen wird in der kommenden Hauptversammlung, nach Befassung von Senat und Bürgerschaft, beschlossen.

Die Volumina der Gesamtkapitalmaßnahmen im Detail:

Pflichtwandelanleihe: 962 Mio. Euro

davon Hamburg 318 Mio. Euro, Schleswig Holstein 180 Mio. Euro, Sparkassen 162 Mio. Euro,

J.C. Flowers 302 Mio. Euro

Wandlung Stille Einlagen/

Barkapital J.C. Flowers: 985 Mio. Euro

davon Hamburg 108 Mio. Euro, Schleswig Holstein 498 Mio. Euro, Sparkassen 78 Mio. Euro, J.C. Flowers 300 Mio. Euro

Wandlung Vorzugsaktien: 57 Mio. Euro

davon Hamburg 20 Mio. Euro und Schleswig Holstein 37 Mio. Euro

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Sebastian Panknin

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax - 2230

E-Mail: sebastian.panknin@fb.hamburg.de

www.pressemeldungen.hamburg.de

www.finanzbehoerde.hamburg.de

23. Mai 2008/bwa23

4. Hamburger Bau- und Immobilientage eröffnet

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko eröffnet morgen die 4. Hamburger Bau- und Immobilientage. Ca. 180 Aussteller präsentieren ihr Angebot für potenzielle Bauherren, Wohnungskäufer und Anleger. In diesem Jahr stehen besonders die Themen Klimaschutz und Energieeinsparung im Fokus.

Axel Gedaschko: „Wer heute baut oder eine Immobilie erwirbt, kommt am Klimaschutz nicht vorbei. Dämmung, regenerative Energien, der sparsame Einsatz fossiler Energieträger und CO₂-Einsparung sind die Themen für Käufer und Bauherren. Die Messe ist für die Immobilienwirtschaft auch eine Gelegenheit, den Standort Hamburg zu präsentieren. Deutschland ist im ersten Quartal dieses Jahres wieder zur europäischen Konjunkturlokomotive geworden. Im vergangenen Jahr hat Hamburg innerhalb Deutschlands mit einem Wirtschaftswachstum von 2,8% und einem Beschäftigungszuwachs von 2,1 % den zweiten Platz unter allen Bundesländern belegt. Das beflügelt auch die Immobilienwirtschaft. Hamburg wird unter Experten europaweit hinter Moskau und Istanbul als der aussichtsreichste Standort für Immobilien gehandelt und hat seine Stellung als Spitzenstandort Deutschlands vor München, Frankfurt und Berlin einer aktuellen Umfrage zufolge weiter ausgebaut.“

Immobilieninteressenten finden auf den Bau- und Immobilientagen ein breites Beratungs- und Informationsangebot sowie innovative technische Lösungen zu Fragen des zeitgemäßen Bauens, Modernisierens und fortschrittlicher Gebäudetechnik.

Rückfragen: Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Pressestelle
Tel.: (040) 42841-3015; Fax: 4279 41 481
pressestelle@bwa.hamburg.de
www.bwa.hamburg.de

20. Mai 2008/bbs20

Schulsenatorin Goetsch sucht den Dialog

Die neue Schulsenatorin Christa Goetsch hat Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler in einem Brief zum Schulbeginn nach den Pfingstferien einen engen Austausch über die neue Schulpolitik angeboten. „Wir wollen alle an Schule Beteiligten und Interessierte regelmäßig über den Stand der bildungspolitischen Entwicklung informieren“, sagte Goetsch am Dienstag in Hamburg. Sie werde in regelmäßigen Briefen, Veranstaltungen vor Ort, einem umfassenden Internetauftritt und Schulbesuchen über die Neuerungen informieren. Besonders wichtig sei ihr der direkte Dialog mit den Beteiligten. Zu einer neuen Kultur des Lernens gehöre auch eine neue Kultur des Umgangs miteinander. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit.

Schon ab dem nächsten Schuljahr 2008/09 werde sich einiges verändern: In den Grundschulen wird es kleinere Klassen geben. Es sollen keine isolierten 7. Hauptschulklassen mehr eingerichtet werden. In neu einzurichtenden regionalen Schulentwicklungskonferenzen sollen Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler gemeinsam die Schulen gestalten. In einer Fortbildungsoffensive werden Lehrerinnen und Lehrer auf die neuen Anforderungen vorbereitet. Alle Veränderungen von Schule und Unterricht könnten nur wirksam werden, wenn sie von allen gemeinsam aktiv ausgestaltet und getragen würden, sagte die Schulsenatorin.

Rückfragen

Dr. Annegret Witt-Barthel
Pressesprecherin der Behörde für Bildung und Sport
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg
T: (040) 42863-2003
F: (040) 42863-4132
E: Annegret.Witt-Barthel@bbs.hamburg.de
M: 0172-4584414

Achtung Redaktionen: Den Schulbrief finden Sie im Anhang

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Woche wurde ich von der Hamburgischen Bürgerschaft in das Amt der Schulsenatorin gewählt. Den ersten Tag nach den Pfingstferien möchte ich dazu nutzen, Sie zu begrüßen und Ihnen die Personen vorzustellen, die mit mir neu in die Bildungsbehörde gekommen sind:

Neuer Staatsrat ist **Ulrich Vieluf**, der bislang die Abteilung Qualitätssicherung im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung geleitet hat. Mit seinen Vorträgen zu den Schulstudien und Lernstanderhebungen war er in den letzten Jahren an vielen Schulen zu Gast und ist ein guter Kenner der Hamburger Schullandschaft. Mein Büro wird von **Armin Oertel** geleitet, der die letzten Jahre als Bildungsreferent der GAL-Bürgerschaftsfraktion tätig war. Die Aufgabe meiner persönlichen Referentin, die insbesondere auch für die Koordinierung von Schulbesuchen und anderen Terminen zuständig sein wird, hat **Verena Mohr** übernommen. Sie hat bisher als Bildungsreferentin im Bayerischen Landtag gearbeitet. Für alle Medienanfragen ist die neue Pressesprecherin **Dr. Annegret Witt-Barthel** – langjährige dpa-Redakteurin und zuletzt Pressereferentin der Helmut-Schmidt-Universität – die Ansprechpartnerin.

Mit der Koalitionsvereinbarung von CDU und GAL wird der Weg für eine neue Schulpolitik geebnet. Sie beinhaltet die Chance, gleichzeitig die Unterrichtsqualität und die Schulstruktur zu modernisieren und zu verbessern. Schon ab dem neuen Schuljahr 2008/09 soll sich einiges verändern:

- In den **Grundschulen** soll es in allen Stufen **kleinere Klassen** geben. Wenn die Grundschulen die bestehenden 3. und 4. Klasse beibehalten möchten, können sie mit zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern die Klassen häufiger in kleinere Gruppen teilen.
- Es sollen **keine isolierten 7. Hauptschulklassen** mehr eingerichtet werden. Das bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler in den Haupt- und Realschulen nach der Beobachtungsstufe bis zum jeweiligen Abschluss in gemeinsamen Klassen lernen.
- In neu einzurichtenden regionalen **Schulentwicklungskonferenzen** sollen Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler gemeinsam Schule vor Ort

mitgestalten: An welchen Standorten werden Primarschulen und Stadtteilschulen eingerichtet? Welche Schulen werden künftig zusammenarbeiten?

- In einer **Fortbildungsoffensive** sollen Lehrerinnen und Lehrer auf die neuen Anforderungen vorbereitet und unterstützt werden. Im Mittelpunkt stehen individuelle und selbstständige Lernformen, Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler sowie Methodenkompetenz.

Da ich den Schulbetrieb als Lehrerin und als Politikerin gut kenne, weiß ich, dass eine neue Leitung der Schulbehörde und die Aussicht auf einen Wechsel in der Politik nicht nur Freude, sondern auch Unsicherheit und Ängste auslösen können. Darum habe ich ein wichtiges Anliegen: Wenn ich heute von einer Kultur des gemeinsamen Lernens an den Schulen spreche, dann möchte ich damit auch eine neue Kultur des Umgangs miteinander verbinden. Mein Ziel ist es, alle an Schule Beteiligten und Interessierten regelmäßig über den Stand der bildungspolitischen Entwicklung in Hamburg zu informieren.

Dies soll über Veranstaltungen in den Stadtteilen und an den Schulen geschehen, über regelmäßige Informationsbriefe und einen informativen Internetauftritt, um nur wenige Beispiele zu nennen. Und natürlich komme ich sehr gerne an die Schulen, um meine bildungspolitischen Vorstellungen mit Ihnen zu diskutieren und um Ihre Unterstützung zu werben. Denn auch das ist mir ein wichtiges Anliegen: Alle Veränderungen von Schule und Unterricht können nur dann wirklich wirksam werden, wenn sie von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern aktiv ausgestaltet und getragen werden.

Ich freue mich auf den Austausch und die Zusammenarbeit mit Ihnen und wünsche Ihnen einen guten Start in die Schulwochen bis zu den Sommerferien.

Ihre

Christa Goetsch

22. Mai 2008/bbs22

Schulsenatorin Goetsch weiht „Jamliner II“ ein

„Jugend-Musikmobil ermöglicht vielen Kindern erstmals Zugang zu Musik“

Die Hamburger Schulsenatorin Christa Goetsch hat am Donnerstag den Musikbus „Jamliner II“ der Staatlichen Jugendmusikschule und des Musikschulvereins Hamburg eingeweiht. „Das mobile Tonstudio ermöglicht vielen Kindern und Jugendlichen erstmals den Zugang zu einem Instrument und zu der Erfahrung, gemeinsam Musik zu machen – das ist ein großartiges Projekt“, sagte Goetsch bei dem Soundcheck auf dem Altonaer Hein-Köllisch-Platz. Der ehemalige HVV-Linienbus fährt als komplett ausgestattetes Tonstudio voller Instrumente nach verlässlichem Plan Stadtteile wie Horn, Mümmelmannsberg und Jenfeld an. Seit Sommer 2000 ist bereits der „Jamliner“ in Hamburg unterwegs. Der Verein Nestwerk fördert die beiden Projekte und deckt die laufenden Kosten. Den Umbau ermöglichten auch die World Childhood Foundation und die Stiftung Stahlwerk Georgsmarienhütte.

In beiden Musikbussen arbeitet ein Zweier-Team aus Musikern und Musikpädagogen mit etwa 210 Jugendlichen in jeweils 6 Bands je Standort eigene Musikstücke aus. Vormittags wird mit festen Schülergruppen aus nahe liegenden Schulen musiziert, am Nachmittag in offener Jugendarbeit. Das Angebot ist kostenlos. „Die Kinder ab 12 Jahren können durch ihre Texte und Songs ihre Lebenswelt ausdrücken. Sie erlernen durch das Musikmachen, wie wichtig das respektvolle Miteinander ist“, erklärt Michael Thomsen von Nestwerk e.V. Neben ihrer Kreativität entwickelten die Kinder aus unterschiedlichen Kulturen auch Disziplin, Teamfähigkeit und Selbstbewusstsein. Das sei gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen eine wichtige Erfahrung.

Rückfragen

Dr. Annegret Witt-Barthel
Pressesprecherin der Behörde für Bildung und Sport
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg
T: (040) 42863-2003
F: (040) 42863-4132
E: Annegret.Witt-Barthel@bbs.hamburg.de
M: 0172-4584414

20. Mai 2008/bsg20

„Sucht – Risiko in jedem Alter!“

Hamburger Aktionstage Sucht 2008 vom 26. Mai bis 1. Juni

Jede Lebensphase hat ihre Suchtrisiken. Unter dem Motto "Sucht – Risiko in jedem Alter" regen vom 26. Mai bis zum 1. Juni 2008 über 40 Veranstaltungen zu allen Suchtformen zu einer gesunden Lebensweise und zu einem größeren Bewusstsein gegenüber den Suchtrisiken an.

Gesundheitssenator Dietrich Wersich unterstützt die Anliegen der Suchtwoche: „Häufig ist die Grenze zwischen Genuss, Missbrauch und Abhängigkeit beim Konsum von Suchtmitteln nicht leicht zu erkennen. Gerade für Jugendliche ist es entscheidend, sich über die Risiken von Suchtmitteln bewusst zu werden, um erst gar nicht in die Gefahr einer Abhängigkeit zu geraten oder durch Unfälle die eigenen Lebenschancen zu minimieren. Aber die Risiken betreffen jedes Alter. Ich ermuntere deshalb alle Hamburgerinnen und Hamburger, an den Hamburger Aktionstagen Sucht 2008 teilzunehmen.“

Von der Geburt bis in hohe Alter: Suchtprobleme kennen keine Altersgrenzen. „Babys suchtkranker Mütter kommen mit Entzugerscheinungen auf die Welt, Senioren versuchen nach dem Tod enger Angehöriger die Einsamkeit mit Alkohol oder Tabletten zu verdrängen. Jede Lebensphase hat ihre Suchtrisiken“, so Dieter Adamski, Vorsitzender der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e. V.

Besonders hoch ist die Gefahr einer Suchtmittelabhängigkeit, wenn riskante Konsummuster und stark belastende Erlebnisse zusammen kommen. Der Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung von der Familie oder der Todesfall eines nahen Verwandten können im Zusammenspiel mit dem Konsum von Alkohol oder anderen Suchtmitteln eine Entwicklung in Gang setzen, die in eine Abhängigkeit führen kann.

Mehr als 18 Einrichtungen der Suchtprävention und –hilfe laden in der letzten Maiwoche zu über 40 Veranstaltungen ein. Eine Fachtagung im Albertinenkrankenhaus eröffnet am 26. Mai, ab 10 Uhr, die Aktionstage. In der Blankeneser Kirche am Markt singen "Kinder für Kinder aus suchtbelasteten Familien", die Augsburger Puppenkiste wird mit dem Stück

„Paula und die Kistenkobelde“ zur Sucht- und Gewaltprävention im Kindergarten beitragen. Auf den „JugendFilmTagen“ werden Schüler/innen im CinnemaxX am Dammtor über Suchtrisiken informiert, im Billstedt-Center kann die Auswirkung von Alkohol auf die Fahrtüchtigkeit mit so genannten „Rauschbrillen“ getestet werden. Thematisiert werden alle Suchtformen: Alkohol und illegale Drogen, Glücksspiel, Essstörungen und Co-Abhängigkeit.

Einrichtungen der Suchthilfe und –prävention, Behörden und andere öffentlichen Einrichtungen verteilen zudem in den Wartezonen rund 10.000 Veranstaltungskalender. Weitere Informationen sowie alle Termine finden Sie auf der Internetseite www.aktionstage-sucht.de.

„Wir laden die Hamburgerinnen und Hamburger ein, die eigenen Gewohnheiten auf die Probe zu stellen: Trinken, rauchen oder spielen Sie in der Aktionswoche nur halb so viel wie in einer gewöhnlichen Woche und legen Sie zwei suchtmittelfreie Tage ein!“, richtet Adamski einen speziellen Appell an alle Hamburgerinnen und Hamburger.

Die Hamburger Aktionstage Sucht sind eine Gemeinschaftsaktion der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e. V., der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Deutschen Rentenversicherung Nord.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

21. Mai 2008/bsg21

Impfung gegen Blauzungenkrankheit startet

Tierseuchenbekämpfung zum Schutz der Tierbestände

Um die Erkrankung von Tieren an der Blauzungenkrankheit zu verhindern, starten in Hamburg in dieser Woche die Impfungen der gefährdeten Tiere. Schafe, Ziegen, Rinder und andere Wildwiederkäuer können an der Tierseuche erkranken. Betroffene Tiere bekommen Fieber und Schwellungen, vor allem im Kopfbereich. Für Menschen ist der Erreger ungefährlich.

Die Blauzungenkrankheit kann nur durch eine flächendeckende Impfung empfänglicher Tiere wirksam bekämpft werden. Deshalb wurde die gesetzliche Impfpflicht für Schafe, Ziegen und Rinder eingeführt. Der Abschluss der Impfungen soll bis Ende Juli erfolgen, rechtzeitig zur Hauptflugzeit der Mücken, die das Virus der Blauzungenkrankheit übertragen. Näheres regeln Allgemeinverfügungen der Bezirksämter. Die Impfung schützt Schafe und Ziegen bereits nach einmaliger Injektion, Rinder müssen doppelt geimpft werden.

Nach Abschluss einer länderübergreifenden Ausschreibung wurden für Hamburg zirka 15.000 Dosen Impfstoffe für Rinder, Schafe und Ziegen bestellt. In dieser Woche erhalten die Fachämter für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt in den Bezirken die Impfstoffe gegen das Virus. Weitere Lieferungen folgen dann in nahezu wöchentlichem Turnus. Der gesamte Bedarf kann nach jetziger Einschätzung bis Ende Juni abgedeckt werden. Die Fachämter geben die Impfstoffe an niedergelassene Tierärzte aus, die dann die Impfungen durchführen. Nur Tierärzte dürfen die Impfungen vornehmen.

Die Kosten des Impfstoffs werden von der Freien und Hansestadt Hamburg getragen. Die Kosten für die Durchführung der Impfung trägt der Tierhalter. In Gehegen gehaltene, empfängliche Wildtiere können auf Antrag des Tierhalters mit in die Impfung einbezogen werden.

Die Tierkrankheit stammt ursprünglich aus Afrika und wurde Mitte 2006 nach Deutschland eingeschleppt. Sie wird durch Gnitten, bestimmte Mückenarten, übertragen.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

19. Mai 2008/bsg19

Schuldnerberatung: Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung vorgelegt

Nahtloser Übergang der Beratung ist sichergestellt

Im Dezember 2007 hatte das Hanseatische Oberlandesgericht in einem vergaberechtlichen Verfahren beschlossen, dass die Leistungen der Schuldner- und Insolvenzberatung nach den Regeln des Wettbewerbsrechts vergeben werden müssen. Aus diesem Grund hat die Freie und Hansestadt Hamburg die öffentlich finanzierte Schuldnerberatung für Menschen mit geringem Einkommen im Februar 2008 neu ausgeschrieben. Das Auswahlverfahren ist jetzt abgeschlossen.

Den Zuschlag haben folgende Träger erhalten:

- Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft mbH
- Diakonisches Hilfswerk Hamburg e.V.
- Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V.
- Verbraucherzentrale Hamburg e.V.
- afg worknet GmbH

Die Verträge mit den Beratungsstellen sollen für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2013 geschlossen werden, sodass ein nahtloser Übergang für die Beratung der Schuldner sichergestellt ist. Für Schuldner, die derzeit von einer Beratungsstelle betreut werden, die im Rahmen der Neuvergabe nicht berücksichtigt werden konnte, ist eine Übergangsregelung vorgesehen. Die Schuldner können auch nach dem 1. Juli 2008 bis zu einem halben Jahr bei ihrer bisherigen Schuldnerberatungsstelle weiter beraten werden.

„Die Entstaatlichung der Schuldnerberatung und die Übertragung auf freie Träger hat zu einer nachweislichen Qualitätssteigerung geführt“, sagt Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich. „Angesichts des sich herumsprechenden Erfolgs der Beratungsstellen rechne ich auch weiterhin mit einer unverändert hohen Nachfrage des Beratungsangebotes. Deshalb ist mir besonders wichtig, dass durch die ausgewählten Beratungsstellen auch in Zukunft das hohe Niveau des Angebots gewährleistet wird“, so Senator Wersich weiter.

Beraten werden Menschen, die mit ihrem geringen Einkommen nicht in der Lage sind, für die Verfahrenskosten selbst aufzukommen. Die Stadt stellt für die Schuldnerberatung derzeit jährlich rund 3 Millionen Euro zur Verfügung. Daneben gibt es weitere Schuldnerberatungsstellen, die verschuldeten Menschen Beratung und Unterstützung gegen ein Beratungsentgelt anbieten.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.bsg.hamburg.de

23. Mai 2008/kb23

Kontorhaus Kanalplatz 6 unter Schutz gestellt

Ehemaliger Sitz einer Harburger Traditionsfirma

Das Kontorhaus Kanalplatz 6 im Harburger Binnenhafen wurde jetzt als Teil des Ensembles Kanalplatz 6 und 8 unter Denkmalschutz gestellt. Das Ensemble besitzt besondere historische Bedeutung als letzter verbliebener Rest der Bebauung aus dem 19. Jahrhundert an diesem Platz, der sich südlich an den Lotsehafen anschließt. Neben diesen klassizistischen Gebäuden besteht der Harburger Binnenhafen aus vielen weiteren historischen Schichten, vom mittelalterlichen Harburger Schloss über Bauten aus der Industrialisierung bis hin zu neuen Bürohäusern.

Das Kontorhaus Nr. 6 wurde um 1850 im Zuge des Harburger Hafenausbaus errichtet und hat bereits eine bewegte Geschichte hinter sich. Etwa 100 Jahre lang diente es als Firmensitz der Harburger Traditionsfirma Renck & Hessenmüller, deren Schriftzug noch an der Fassade zu finden ist (s. Foto), und zeitweise als portugiesisches und großbritannisches Vize-Konsulat. Heute befinden sich hier Wohnungen, kleinere Gewerbeeinheiten und die Kulturwerkstatt Harburg.



Die Kulturwerkstatt, die mit Rundgängen und Ausstellungen die Harburger Geschichte lebendig hält, hat einen besonders schönen Platz gefunden: sie befindet sich im ehemaligen Schifffahrtskontor im Hochparterre. Dort sind noch viele historische Ausstattungs- und Einrichtungselementen wie Schublagentresen, verglaste Trennwände, Tresore und Konsulatsplakette erhalten. Durch diese kulturelle Nutzung stehen die Räume noch regelmäßig interessierten Besuchern offen. Das Kontorhaus wird auch am diesjährigen Tag des offenen Denkmals gezeigt (Näheres: www.denkmalschutzamt.hamburg.de). Für Rückfragen zum Kontorhaus steht gerne Birgit Caumanns unter Tel. 432 74 333 zur Verfügung.

Für Rückfragen:

Björn Marzahn, Pressesprecher der Kulturbehörde, Tel.: 040 – 428 24 207
oder

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt, Tel.: 040 – 428 63 35 36

Pressestelle des Senats

Terminkalender

Vom 26. Mai bis 1. Juni 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 26.05.2008

- 08:00** Rathaus
Staatsrat Carsten Lüdemann nimmt an der **3. Videokonferenz zwischen Hamburg und Auckland** teil.
- 18:00** Hanse Lounge, Neuer Wall 19
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil am **„my Meeting - Gespräch mit der Chemie“, einer Veranstaltung der Norddeutschen Chemieverbände.**
- 18:00** Mahnmal St. Nikolai
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält anlässlich der **Ausstellungseröffnung „Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?“** ein Grußwort..
- 19:00** Fischauktionshalle Hamburg, Große Elbstr. 9
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Carsten Lüdemann nehmen am **Empfang „20 Jahre SPIEGEL TV“** teil.
- 19:45** Hotel Intercontinental, Budapester Straße 2, 10787 Berlin
Staatsrat Gunther Bonz nimmt teil am **Empfang der Indischen Botschafterin, Meera Shanker**, anlässlich der **ILA Berlin Air Show.**
- 20:00** St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält zum **Thema „Warum ich (k)eine Christin bin“ einen Vortrag** und nimmt am **anschließenden Gespräch mit Präpstin Ulrike Murmann** teil.

Dienstag, den 27.05.2008

- 09:00** Berlin, ILA
Senator Axel Gedaschko und Staatsrat Gunther Bonz nehmen teil am **Messerundgang der Internationalen Luftausstellung (ILA) 2008.**
- 09:30** CCH, Großer Saal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Jahrestagung „Kerntechnik2008“.**
- 13:00** AOL, Zirkusweg 1, 20. Stock, 20359 Hamburg
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt an der **Einweihung der neuen AOL Büroräume** teil.
- 13:30** Kindertagesstätte Schweidnitzer Straße32
Zweiter Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Veranstaltung der EDEKA Stiftung „Aus Liebe zum Nachwuchs: Gemüsebeet für Kids“.**

- 17:30** Zusatzstoffmuseum, Theodorstraße 42-90
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck **eröffnet das Zusatzstoffmuseum** mit einem Grußwort.
- 18:00** Landesvertretung Berlin, Jägerstraße 1-3, 10117 Berlin
Senator Axel Gedaschko, Senator Christoph Ahlhaus, Staatsrat Gunther Bonz, Staatsrat Dr. Stefan Schulz, Staatsrat Carsten Lüdemann und Staatsrat Reinhard Stuth nehmen teil der **Orientalischen Nacht** in der Landesvertretung Hamburg in Berlin
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am **Stiftermahl der Hamburgischen Kulturstiftung**.
- 19:30** ILA, Berlin, „Goya“
Senator Axel Gedaschko und Staatsrat Gunther Bonz nehmen teil am **Empfang der EADS anlässlich der ILA 2008**.

Mittwoch, den 28.05.2008

- 10:00** Billhorner Deich 2
Senatorin Anja Hajduk spricht ein Grußwort anlässlich des **Ersten Jahrestreffens des Kompetenztreffs HamburgWasser**.
- 14:00** Audimax II, Gebäude I., Denickestraße 22
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich des **30-jährigen Bestehens der Technischen Universität Hamburg Harburg (TUHH)**.
- 18:00** Patriotische Gesellschaft
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **125-jährigen Jubiläums der Bau-Innung Hamburg**.
- Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt teil.

Donnerstag, den 29.05.2008

- 11:00** Brooktorkai
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Grundsteinlegung eines Neubaus des Germanischen Lloyds**.
- 11:00** Tarpenring 31 – 33
Senator Axel Gedaschko und Staatsrat Gunther Bonz nehmen teil an der **Einweihung der neuen Räumlichkeiten der Mahle NFV**.
- 11:00** Carl-Cohn-Straße 39
Senator Christoph Ahlhaus, Senator Dr. Till Steffen, Staatsrat Carsten Lüdemann und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen am **Jahresempfang der Polizei Hamburg und des Polizeiverein Hamburg e.V.**
- 12:30** Rathaus, Bürgermeistersaal
Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht anlässlich eines Senatsfrühstücks für die Teilnehmer einer Gruppe verfolgter ehemaliger Bürgerinnen und Bürger Hamburgs.

- 13:00** Beatles-Platz, Reeperbahn
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am **ersten Spatenstich zum Bau des Beatles-Platzes** den Platz in Form einer überdimensionalen Schallplatte.
- 13:30** Thüringen, Eisenach
Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt teil am **Arbeitstreffen der Staatssekretäre**.
- 14:00** Hotel Atlantic
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Jahreskonferenz der European Sea Ports Organisation**.
- 17:30** Hotel Grand Elysée
Staatsrat Carsten Lüdemann hält ein Grußwort zum **EuropaAbend 2008**, zu dem der AGA Unternehmensverband e.V. einlädt.
- 17:30** Stadtteilarchiv Ottensen
Staatsrat Reinhard Stuth **besucht das Stadtteilarchiv**.
- 18:00** Grundbuchhalle, Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1
Senator Dr. Till Steffen besucht die **Abschlussveranstaltung „Stolpersteine“ des Hamburger Anwaltvereins**.
- 18:00** Stadtteilarchiv Ottensen, Zeißstraße 28
Staatsrat Reinhard Stuth spricht ein Grußwort bei der **Fotoausstellung Nakazato KATSUHITO „Nacht, Natur. Das andere Tokio“**.
- Freitag, den 30.05.2008**
- 09:30** Channel Harburg, Harburger Schloßstraße 6 - 12
Senator Axel Gedaschko begrüßt die **Delegation der Stadtregierung aus Rotterdam**.
- 10:00** Rathaus, Turmsaal
Staatsrat Carsten Lüdemann begrüßt **eine Delegation aus Ländern der Arabischen Halbinsel sowie Iran und Irak**, die im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik Deutschland Hamburg besuchen.
- 11:00** Poppenbütteler Weg 186-190
Bürgermeister Ole von Beust besucht das **Veteranenheim Deutscher Soldaten**.
- 11:00** Restaurant „Bobby Reich“, Außenalster
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Schiffstaufe des „Römerschiffs“**.
- 12:00** Rübenkamp 33-35
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **25-jährigen Jubiläums von „Mook Wat e.V.“**.
- 15:00** Frustbergstraße 4
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck besucht den **100. Geburtstag der Turn- und Sportvereinigung Eppendorf/Groß Borstel**.

- 17:00** Auf der Schaarhörn, Anleger Nordelbestraße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält anlässlich des **100. Geburtstages von Kapitän Seifert auf der Schaarhörn** ein Grußwort.
- 18:00** Rosengarten, Bremer Straße 44
Staatsrat Christian Maaß spricht ein Grußwort auf der **Abschlussveranstaltung Regionalparkkonzept für den Regionalpark Rosengarten.**
- 18:00** Harvestehuder Weg 44
Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Gunther Bonz nehmen teil am Empfang des **Anglo-German-Clubs** anlässlich des **41. Kirschblütenfestes.**
- 18:30** Hotel Le Royal Meridian, An der Alster 52 – 56
Senator Axel Gedaschko nimmt teil am **Empfang der Hamburger Sparkasse anlässlich des 41. Kirschblütenfestes.**
- 18:30** Stadtpark, Freilichtbühne
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Veranstaltung „40 Jahre Rockmusik“ zugunsten der Musikstiftung Entrée.**
- 21:30** Ruder-Club „Allemannia von 1866“
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt auf Einladung des japanischen Generalkonsuls Seisuke Narumiya teil am Empfang anlässlich des **Feuerwerks auf der Alster zum japanischen Kirschblütenfest.**
Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Staatsrat Carsten Lüdemann und Staatsrat Reinhard Stuth nehmen teil.

Samstag, den 31.05.2008

- 10:15** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Carsten Lüdemann begrüßt **Mr. Mah Bow Tan, Minister for National Development**, der sich mit einer Delegation in Europa befindet.

Sonntag, den 01.06.2008

- 11:00** Cinemaxx, Dammtor
Senatorin Christa Goetsch nimmt als **Bildungsbotschafterin** teil an der **Filmvorstellung von Reinhard Kahl im Cinemaxx Dammtor**
- 11:00** Rathaus Altona, Platz der Republik 1
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil an der **Verabschiedung des alten und Amtseinführung des neuen THW Ortsbeauftragten und ehrt Helfer für die 50jährige Mitgliedschaft im THW.**
- 19:00** Hamburger Engelsaal, Valentinskamp 40-42
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet als Schirmherrin das **Festival der schönen Operettenstimmen** mit einem Grußwort.
- 19:30** Norddeutscher Regattaverein
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt am **Abendessen für den Vorstand der Deutsch-indischen Handelskammer** teil.